

Über Tarifverhandlungen hinaus

Kollektive Strategien und neue Organisationsformen der prekär Beschäftigten in Südostasien.

von
Sri Wulandari
übersetzt von
von Oliver Pye

Die Autorin ist Programmkoordinatorin am Asia Monitor Resource Centre und arbeitet zu Themen der Informalisierung und Arbeiterorganisation.

Im Zuge der wirtschaftlichen Transformation Südostasiens werden Millionen von Menschen durch »Land Grabs«, Plantagenexpansion und Kommerzialisierung von ihrem Land enteignet. Sie bilden neue Koalitionen, um ihre Rechte zu schützen.

In einem Prozess, den Karl Marx im 19. Jahrhundert schon als »primitive Akkumulation« analysiert hat, werden durch die kapitalistische Eroberung der Subsistenzökonomien Kleinbauern »freigesetzt« und bilden eine »Reservearmee,« die nun als »doppelt-freie« ArbeiterInnen auf den Arbeitsmarkt drängt.

Im heutigen Kontext Südostasiens wird diese Freisetzung begleitet von einer systematischen Flexibilisierung und Informalisierung des Arbeitsregimes. Die ländliche »Überschussbevölkerung« findet sich dann in prekären, schlecht bezahlten und informellen Arbeitswelten wieder. Die jüngsten Zahlen der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) sprechen eine düstere Sprache. Von den 280 Millionen beschäftigten ArbeiterInnen in Südostasien sind fast 65 Prozent, oder 180 Millionen, prekär beschäftigt: auf Zeitbasis eingestellt, als

Scheinselbstständige oder Familienmitglieder, die unbezahlte Zuarbeit leisten. Mehr als die Hälfte der ArbeiterInnen verdienen weniger als zwei US-Dollar am Tag und werden als absolut arm eingestuft. Dazu kommen noch die Millionen Arbeitslose, die informeller Arbeit aktiv nachgehen, aber in keiner Statistik auftauchen.

Dieser Prozess stellt neue Herausforderungen an die Arbeiterbewegung Südostasiens. Flexibilisierung und Informalisierung wird oft durch eine gewerkschaftsfeindliche Politik begleitet. Staatliche Institutionen und staatliche Politik begünstigen systematisch die Kapitaleseite und räumen Hindernisse einer Akkumulationsstrategie beiseite. Gewerkschaften werden geschwächt und verlieren ihre Mitglieder. Klassische Organisationsstrategien wie Tarifverhandlungen verlieren damit auch an Wirkungskraft. Wie können unter solchen Bedingungen effektive Formen kollektiver Organisation aussehen? Und wenn das vorherrschende »demokratische System« eine marktwirtschaftliche Schiefelage hat, wie können wir neue demokratische Räume schaffen und unsere Demokratie neu konstituieren?



Karikatur: Yayak

Neue Koalitionen zwischen Landlosen und TagelöhnerInnen

Informalisierte Beschäftigung und das Fehlen kollektiver Organisation führt im Kontext der Plantagenindustrie in Indonesien zu horizontalen Konflikten zwischen Bauern und ArbeiterInnen. Die ständige Expansion der Industrie und die dafür notwendigen »land grabs« werden im konkreten Fall durch die informalisierten ArbeiterInnen durchgeführt. Der Plantagenmanager oder der Vorarbeiter gibt ihnen den Befehl, die Ernte der Bauern zu zerstören. Spontaner Widerstand der Bauern richtet sich dann gegen die ArbeiterInnen, die das Land für die Plantage vorbereiten sollen, und nicht gegen die Firma selbst.

Um dieses Problem zu beheben haben TagelöhnerInnen der Palmölplantagen und landlose Bauern im Langkat Distrikt in Nordsumatra eine übersektorale Allianz initiiert. Sie begannen den Prozess durch eine »soziale Kartierung« der Auswirkungen der Palmölindustrie auf die Gesellschaft. Die Kartierung nannte auch die staatlichen Akteure, die die Landeignungen unterstützten. Sie konnten damit eine Basis für eine neue Solidarität zwischen landlosen Bauern und TagelöhnerInnen schaffen, die beide unterschiedlich von der Plantagenindustrie betroffen sind. Die landlosen Bauern betonten die Bedeutung der politischen Auseinandersetzung, um Land zurückzugewinnen. Die klassenübergreifende Solidarität führte dazu, dass sie ihre Strategie um die PlantagenarbeiterInnen erweiterten, denen sie auch das Recht auf Land und Auskommen zusprachen. Auf der anderen Seite fühlten sich die ArbeiterInnen, die des Öfteren von Schlägern der Plantagenfirma bedroht werden, wenn sie sich zu organisieren versuchen, durch die Unterstützung der Bauern und der umliegenden Dörfer sicherer. Einige Bauern versprachen gar, ihre Häuser als Unterschlupf anzubieten, falls ArbeiterInnen vor der Gewalt der Plantagenkonzerne flüchten müssten.

Sie einigten sich darauf, die »Dorfcheads« zu sensibilisieren und auf ihre Seite zu ziehen. Diese Strategie entstand, als sie die Machtverhältnisse und die politischen Strukturen in den Dörfern analysierten. Da die Dorfcheads oft von den Plantagenunternehmen umgarnt werden, um ihre Unterstützung

für Plantagenexpansionen und Aktivitäten zu gewinnen, beschloss die Allianz, zu versuchen, sie auf ihre Seite zu ziehen. Politische Bildung wurde zu einem gemeinsamen Programmpunkt, weil sie längerfristig selbst Dorfcheads stellen wollen. Neben dieser gemeinsamen Strategie haben die jeweiligen Gruppen ihre eigenen Pläne, um kollektive Verhandlungen durchsetzen zu können. Zum Beispiel wird demnächst eine Gruppe der TagelöhnerInnen mit dem Namen »die Gruppe der Mutigen« über die Bezahlung von Zulagen und das Stellen von Arbeitsgeräten verhandeln. Sie haben an Selbstbewusstsein gewonnen, nachdem sie erfolgreich einen Streik auf einer Plantage durchführen konnten. Auf ähnlicher Weise wollen die landlosen Bauern sich organisieren und über die bisherige Strategie gegen Landraub reflektieren. Insgesamt ist aber der Weg in Richtung kollektiver Verhandlungsmacht, der explizit als politische übersektorale Allianz gegen die Macht der Plantagenunternehmen und des Staates verstanden wird, ein langer.

Auch in Südthailand expandiert die Palmölindustrie und verschärft damit die Proletarisierung der Bauern. Im Jahr 2007 initiierte deshalb die Bauernvereinigung Südthailands einen Prozess der aktiven Landreform, bei der sie Plantagen besetzen und neue Siedlungen in der Nähe der Plantagen errichteten. Drei Dörfer mit insgesamt 774 Familien sind aktiv an diesem Land Reform Network (LRN) beteiligt. Jedes Dorf hat dafür eigene Regeln erstellt, die sie als »Dorfverfassung« bezeichnen. Das Netzwerk versucht die lokalen Regierungsebenen dafür zu gewinnen, diese lokale »Verfassungen« anzuerkennen und den Anspruch der Besetzenden auf das Land zu unterstützen. Dabei verbinden sie auch die ländliche Bewegung mit städtischen Initiativen für das Recht auf Land.

Organisation der städtischen Armen im informellen Sektor

Eine kollektive Organisation der städtischen Armen ist vielleicht die größte Herausforderung in Südostasien. Nicht nur sind die wachsenden Städte die Orte, wo die »freigesetzten« landlosen Bauern meistens landen. Auch die besondere Dynamik der städtischen Slums macht eine Organisation besonders schwierig. Zum einen werden die städtischen Armen aus dem »öffentlichen Raum« der Stadt verdrängt und konkurrieren dann untereinander um »Überlebensplätze« in den marginalisierten Gebieten. Zum zweiten gilt die »individualisierte« Kultur der städtischen Armen als Problem, das im Unterschied zur Fabrik mit der kollektiven Erfahrung und Disziplinierung, aus der mobilen und disparaten Erfahrung der informell Beschäftigten entsteht. Als Scheinselbstständige stehen die einzelnen ArbeiterInnen direkt miteinander in Konkurrenz. Wie die folgenden Bei-

Demonstranten fordern landesweite Umsetzung einer Sozialversicherung bei den 1. Mai Demonstrationen in Yogyakarta 2012.
Foto:
Anett Keller



spiele zeigen, sind aber gerade eine gemeinsame Agenda und Zielsetzung notwendig, um eine nachhaltige Organisierung zu erreichen.

Als im Dezember 2007 der Bengawan Solo Fluss in Solo, Zentral Java, über seine Ufer trat, überschwemmte er mehr als sechstausend Häuser. Viele tausende Menschen mussten fliehen. Nach der Flut nutzte die Stadtregierung die Gelegenheit, um die SlumbewohnerInnen zu vertreiben. Als Teil der Nach-Flut-Stadterneuerung wollte sie die Stadt neu strukturieren und Sozialwohnungen bauen, die aber zu teuer für die vertriebenen Slumbewohner gewesen wären. Daraufhin aktivierte die Organisation der MüllsammlerInnen eine Bürgerinitiative gegen die Umsiedlung. Sie bestanden dabei auf direkte Verhandlungen mit dem Bürgermeister und lehnten Zwischenhändler wie den Distrikt- oder Dorfbefehlshaber ab. Sie konnten dabei zumindest erreichen, dass der Bürgermeister die Meinung der involvierten Gruppen bei der Planung der städtischen Erneuerung berücksichtigte. Durch diese Erfahrung wurde den MüllsammlerInnen auch bewusst, dass sie selbst eine Stadtplanung im Sinne der informellen ArbeiterInnen konzeptionalisieren müssen. Der Prozess der Anerkennung und der Beteiligung an Entscheidungsprozessen war eine wichtige Lehre, die auch in anderen Städten nützlich sein könnte.

Ein Beispiel für die kollektive Organisierung von Scheinselbstständigen sind die Tuk-Tuk-FahrerInnen in Kambodscha, die sowohl untereinander als auch mit den TaxifahrerInnen konkurrieren müssen. Die TaxifahrerInnen, wiederum, arbeiten für ein Taxiunternehmen, das einen Exklusivvertrag mit den großen Hotels von Phnom Penh bekommen konnte. Das Aufkommen der Taxiindustrie bedrohte daher das Überleben der Tuk-Tuk-FahrerInnen. Ihre Organisation verhandelte daraufhin mit den Hotels, und konnte erreichen, dass die Tuk-Tuk-FahrerInnen das Recht bekamen, Hotelgäste vom Hotel abzuholen. Sie verhandelten auch mit der lokalen Regierung, um das Recht zu respektieren, welches den informell Beschäftigten ein Auskommen garantiert.

Neue Gewerkschaftsstrategien und die Schaffung demokratischer Räume

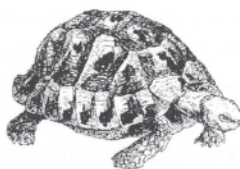
Neben diesen neuen Formen politischer, kollektiver Organisierung fangen auch Gewerkschaften an, sich dem Problem der Prekarisierung zu stellen. Es werden vor allem zwei Strategien verfolgt. Die eine besteht darin, dass vorhandene Gewerkschaften sich mehr um die informell Beschäftigten bemühen. Gewerkschaftsföderationen in Kambodscha, Indonesien und Thailand sehen sich dabei als ein Rahmen, der den aus ihrer Sicht schlecht organisierten und wenig erfahrenen informell Beschäftigten Fortbildungen und Unterstützung bei Kampagnen bieten kann. Die andere Strategie besteht darin, alternative

Gewerkschaften zu bilden. So haben Gewerkschaften in bestimmten Industriezonen Indonesiens damit begonnen, die LeiharbeiterInnen außerhalb der Fabriken zu organisieren, die wiederum andere informelle ArbeiterInnen in ihren Stadtteilen zu erreichen versuchen. So entstehen neue, netzwerkartige Organisationsstrukturen.

Doch die oben diskutierten Beispiele zeigen auch, dass es mehr braucht, als nur die informell Beschäftigten in vorhandenen Verhandlungssystemen zu integrieren. Vielmehr geht es darum, politische Räume zu schaffen, in denen Demokratie aktiv gelebt und erstritten werden kann. In den Beispielen der MüllsammlerInnen und der Tuk-Tuk-FahrerInnen erkämpfen sich die Marginalisierten öffentlichen Raum, in dem sie sichtbar werden, aber auch in dem sie sich selbst zu Akteuren machen. In den Allianzen zwischen Landlosen und TagelöhnerInnen werden durch eine neue soziale Solidarität politische Räume geöffnet, die von der Allianz zwischen Plantagenunternehmen und Staat zuvor geschlossen wurden. Die soziale Marginalisierung zwingt daher die prekär und informell Beschäftigten, über eine rein soziale Organisierung hinaus zu gehen und politische Strategien zu entwickeln. Die demokratischen Räume, die sie damit schaffen, erzeugen neue demokratische Substanz, die als aktiver Prozess auch über die formale Demokratie hinausgeht.

express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



Ausgabe 8/12 u.a.:

- Christina Frank: »Entlassung XL«, Lehren aus der Schlecker-Pleite
- Gisela Notz: »Den Betrieb übernehmen«, Von der Krisenbearbeitung zu gesellschaftlicher Transformation
- Stefan Schoppengerd/Fabian Rehm: »Die besseren Bastionen«, Interview zum Streik bei den Wicker-Kliniken
- Marcus Schwarzbach: »Neue ›Geiz ist geil‹-Lohnstrategie« - Werkverträge und Handlungsmöglichkeiten für Betriebsräte
- Redaktion Labor Notes: »Troublemakers haben getagt«, Bericht von der 16. Labor Notes-Konferenz
- DGB: »Missbrauch stoppen«, über Werkverträge als neue Form von Lohndumping
- Harald Rein: »Gutes Leben statt Resteverwertung«, über Wohnen und Erwerbslosigkeit in der Krise

○ **Probelesen?!** 4 aktuelle Ausgaben zum Preis von 10 € (gg. Vkl.)

Niddastraße 64 60329 FRANKFURT

express-afp@online.de

www.express-afp.info Tel. (069) 67 99 84